

ÖSTERREICHISCHER KUNSTSENAT

DER PRÄSIDENT

ARCHITEKT PROFESSOR DR. ROLAND RAINER, 1130 WIEN, FASHOLDGASSE 3, TELEFON 85 99 32

P R E S S E K O N F E R E N Z
IM PRESSECLUB C O N C O R D I A

am

DIENSTAG, DEM 13. 12. 1983, 11.00 UHR

DER ÖSTERREICHISCHE KUNSTSENAT PLÄDIERT GEGEN
KRAFTWERK HAINBURG UND FÜR STAUSTUFE WIEN

Vor ein paar Tagen hat mich eine sehr prominente Persönlichkeit gefragt, ob ich glaube, daß man den Kunstsenat anhören würde, wenn er sich zur Energieversorgung äußert. Aber da man uns auch schon in Straßen- und Hochhausfragen angehört hat und sogar mit Erfolg für unsere Argumente, melden wir uns zu Hainburg wiederholt zu Wort, weil das in Wirklichkeit keine Frage des Energiebedarfs, sondern höchstens der Energieverschwendung, vor allem aber eine Machtfrage für die Verbundgesellschaft ist. Für uns dagegen ist es eine Frage der kulturellen Verantwortung: Es gibt nämlich gewisse Verpflichtungen, deren sich eine Nation nicht entschlagen kann, soferne sie noch weiter Anspruch auf die Bezeichnung "Kulturnation" aufrecht erhalten will. Dazu gehört sicher auch die Einhaltung unterzeichneter internationaler Abkommen wie das von Ramsar über die Feuchtgebiete. Und es gehört vor allem der Schutz und die Erhaltung der zentralsten, bedeutendsten Flußlandschaft eines "Landes am Strom" dazu, an einem Strom, der schon zu 80 % für die Energieversorgung genutzt und entsprechend kanalisiert ist. Zu den restlichen 20 % gehört die Urlandschaft

der größten Auen Mitteleuropas, die mit den March-Auen zusammen einen sehr bedeutenden "Nationalpark Ost" bilden sollten.

Dem Anspruch des DOKW-Imperiums mit seinen 19 Großkraftwerken auf Einverleibung auch dieser besonders kostbaren Landschaft steht die Forderung eines rasch wachsenden Teils der Bevölkerung gegenüber- derzeit gibt es 140.000 Unterschriften - daß die letzten Reste der Donaulandschaft von den Menschen und der Natur beansprucht werden dürfen, - auch in dieser Zeit, gerade in dieser Zeit, in der im ganzen Land schon andere Kraftwerke im Bau sind, während andererseits der Energieverbrauch hinter den Prognosen immer weiter zurückbleibt und noch dramatischer zurückbleiben wird, wenn bessere Wärmedämmungen, rationellere Heizungsgeräte, eine sinkende Industrieproduktion, die neuen Wiener Tarife und anderes sich auswirken.

Nach Feststellung des Instituts für Umweltwissenschaften der Akademie der Wissenschaften ist unser realer Gesamtenergieverbrauch 1982 um rund 8 Zwentendorf-Einheiten hinter dem Energieplan 1978 zurückgeblieben. Allein durch die Abwässer des Kraftwerks Dürnrohr, die ungenutzt in die Donau geleitet werden, geht jährlich Abwärme im Geldwert von 1 Milliarde verloren, mehr, als Hainburg jemals erzeugen könnte. Durch das Kraftwerk Hainburg kann auch gegen den sauren Regen so gut wie nichts gewonnen werden, denn die Schwefeldioxydbelastung der Luft stammt zu rund 64 % aus dem Verkehr und zu 20 % aus der Industrie, kohlegefeuerte Strom- und Heizwerke sind an dieser Belastung nur zu 6 bis 8 % beteiligt, so daß es keinen Sinn hat, die Auen zu opfern, die von allen Wäldern am resistentesten gegen den sauren Regen sind.

Das Schlagwort "Man kann nicht genug Strom haben", ist falsch, denn je mehr Energie angeboten wird, umso mehr wird verschwendet. Das geschieht zum Beispiel, wenn die keineswegs arbeitsintensiven Schmelzöfen von Ranshofen so viel Strom brauchen wie das ganze Land Vorarlberg - mit dem Ergebnis von rund 400 bis 700 Millionen Schilling jährlichem Defizit ! - oder wenn

immer mehr luxuriöse Glaspaläste mit äußerst energieintensiven Klimaanlageanlagen gebaut werden, die keine besseren Arbeitsbedingungen bieten als viel energiesparendere Bauweisen. Allein der Glaspalast der Pensionsversicherungsanstalt verbraucht so viel Strom wie durch die Verrohrung dreier Flüsse im Waldviertel gewonnen werden könnte!

Wenn die Elektrizitätswirtschaft für Stromverbrauch wirbt, Mehrverbrauch durch Mengenrabatte belohnt, wenn die unwirtschaftlichste Verwendung von Strom, nämlich Elektroheizung, mit einer Ausnutzung von nur 33 %, propagiert wird, wenn man andererseits die Wiederinbetriebnahme vorhandener Kleinkraftwerke verhindert, wenn die Verbundgesellschaft gesetzliche Verbote für das Heizen mit Holz, Kohle und Öl durchsetzen will, oder wenn der Herr Generaldirektor vor der Volksabstimmung über Zwentendorf dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky vorgeschlagen haben soll, er werde in Österreich gebietsweise Stromabschaltungen vornehmen, um der Bevölkerung Strommängel vorzutäuschen - wie das unlängst Eglander im Kurier berichtet hat -, dann kann kein Zweifel mehr bestehen, daß es sich hier weniger um Vorsorge für Energiebedarf handelt, als um die unbegrenzte Machtausweitung eines staatlichen Monopolbetriebes, der heute schon Licht und Kraft so in der Hand hat, daß er mindestens die Preise bestimmen kann. Wie diese Macht schon jetzt gehandhabt wird, zeigt z.B. die Tatsache, daß zugegeben worden ist, daß das Kraftwerk Hainburg die Brunnen der Umgebung bis Wien hinauf unbrauchbar machen wird, die DOKW aber z.B. im Falle Orth nicht bereit ist, die Kosten für Ersatzwasserleitungen zu tragen; daß der zwischen der Lobau und Hainburg entstehende riesige Abwassersee mit den Viren der Wiener Abwässer verseucht sein wird, die bekanntlich durch keine Filter und keine Kläranlagen aufgefangen werden können, wobei die Selbstreinigungskraft dieses Abwassersees infolge der geringen Fließgeschwindigkeit minimal sein wird.

Man kann nicht annehmen, daß eine Regierung angesichts wachsender Energieüberschüsse und gegen den Willen immer größerer Teile

der Bevölkerung derartige Gefahren und nie wieder gutzumachende Verluste verantworten wird wollen. Wird sie sich also tatsächlich durch scheinbare Sach- und Terminzwänge unter Druck setzen und zu voreiligen Entschlüssen drängen lassen - bzw.: wird dieses Land schon von der Verbundgesellschaft beherrscht?

Tatsächlich ist keine Entscheidung weniger eilig als die über Hainburg, im Gegenteil muß die durch zahlreiche Kraftwerksbauten bei sinkendem Energiebedarf charakterisierte Entwicklung genau studiert werden, bevor man ein nie wieder gutzumachendes, absolut irreparables Opfer an Landschaft bringt.

Bezeichnenderweise hat man als Argument für Hainburg auch die Nutzung des vorhandenen Maschinenparks angeführt: aber Maschinen und Arbeitskräfte können ebenso am Marchfeldkanal eingesetzt werden wie auch bei einem viel naheliegenderen Kraftwerk Wien, durch das keinerlei Landschaft zerstört würde, und das überdies rasch nötig ist, um den Marchfeldkanal mit Wasser zu versorgen. Planungs- direktor Kaupe hat unlängst mitgeteilt, daß der Marchfeldkanal ohne Wasser bleiben wird, wenn das Kraftwerk Wien nicht rechtzeitig gebaut wird, was angesichts der Trockenheit im Marchfeld eine Katastrophe wäre.

Wenn also noch ein Donaukraftwerk zu diskutieren ist, dann unserer Meinung nach ausschließlich das Kraftwerk Wien, aber keine der Hainburger Varianten- so wenig wie die Wachau !

Wien, 12. 12. 1983